



Universität St.Gallen



EGI Working Papers Series

St.Gallen und die Schweizer Energiepolitik: Sieben Thesen für eine effektive Mehrebenenpolitik

«Wissen schafft
Wirkung» 

Das Working Paper ist Teil des Projektes „Die Zukunft des St.Galler Energiekonzeptes 2050 – Handlungs- und Gestaltungspielräume im Mehrebenensystem der Schweizer Energiepolitik“. In diesem Projekt untersucht das IPW-HSG für das und mit dem Amt für Umwelt und Energie der Stadt St.Gallen die politischen Wechselwirkungen zwischen der St.Galler Energiepolitik und jener der kantonalen und eidgenössischen Ebene.

Autoren

Benjamin Hofmann, IPW-HSG

Dr. Jörn Richert, IPW-HSG

Working Paper No. 7

Mai 2015

Bilder: Universität St.Gallen (HSG)

Die Ansichten, die in diesem Arbeitspapier zum Ausdruck kommen, sind jene der Autoren und spiegeln nicht notwendigerweise die Ansichten der Universität St.Gallen wider.

© 2015 IPW-HSG

EGI Working Papers Series

**St.Gallen und die Schweizer
Energiepolitik:
Sieben Thesen für eine
effektive Mehrebenenpolitik**

Sieben Thesen für eine effektive Mehrebenenpolitik

Zusammenfassung für Entscheidungsträger

Energiepolitik in der Schweiz ist Mehrebenenpolitik. Bund, Kantone und Gemeinden treffen energiepolitische Entscheidungen. Das Schweizer Stimmvolk stimmt auf verschiedenen Ebenen über politische Vorlagen ab und bringt selbst Initiativen ein. Die Energiepolitik der Schweiz ergibt sich aus dem Zusammenspiel dieser Prozesse.

Die Stadt St.Gallen ist mit ihrem „Energiekonzept 2050“ zu einem der Pioniere in diesem Mehrebenensystem geworden. Doch wie spielt das Konzept mit Entscheidungen auf anderen Politikebenen zusammen? Wie kann

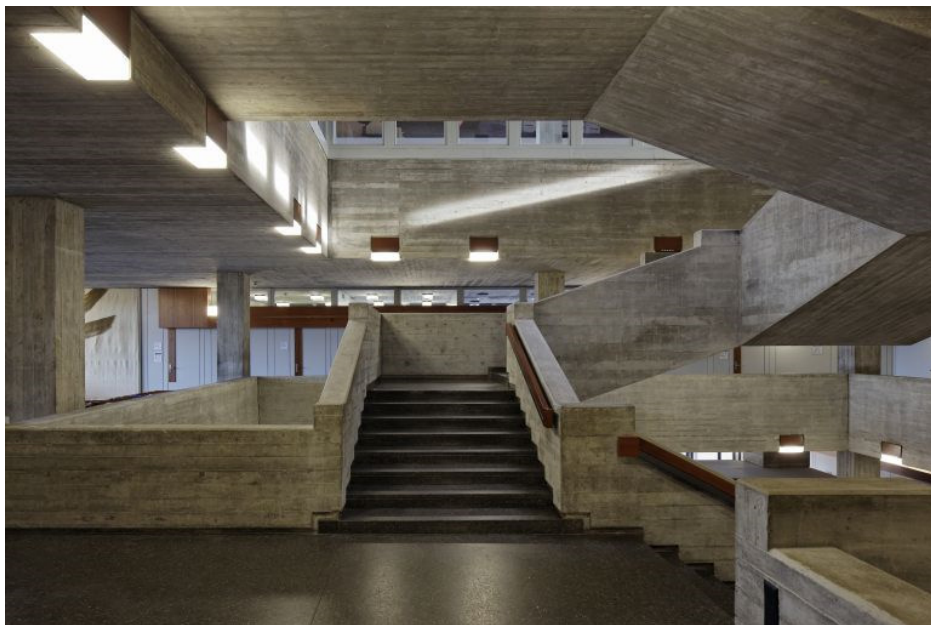
die Stadt St.Gallen zum Gelingen der Schweizer Energiepolitik beitragen? Und welche Bedingungen braucht es, damit das St.Galler Energiekonzept seine volle Wirkung entfalten kann?

Denkanstösse hierzu gibt die Forschung zu „Multi-Level Governance“, das heisst dem Regieren und Verwalten im Mehrebenensystem. Entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse aus Politik-, Umwelt- und Wirtschaftswissenschaften sowie aus der Stadtforschung legen sieben Thesen für die Rolle der Stadt St.Gallen in der Schweizer Energiepolitik nahe.

- 1. Der Schweizer Föderalismus kann die Umsetzung energiepolitischer Ziele fördern.**
- 2. Eine aktive energiepolitische Rolle der Gemeinden kann den gesellschaftlichen Rückhalt der Schweizer Energiepolitik stärken.**
- 3. Gemeinden haben energiepolitische Handlungsmöglichkeiten, die dem Bund nicht oder nur begrenzt zur Verfügung stehen.**
- 4. Als Politiklabore entwickeln Gemeinden innovative Politikansätze, die die gesamte Schweiz voranbringen.**
- 5. Damit diese Politiklabore funktionieren, braucht es horizontale Vernetzung auf der lokalen Ebene sowie Unterstützung durch Kantone und Bund.**
- 6. Koordination und gezielte Verflechtung zwischen Politikebenen entscheidet über den Erfolg der Schweizer Energiepolitik.**
- 7. Gemeinden brauchen Autonomie und Ressourcen, um bestmöglich zur Energiepolitik der Schweiz beizutragen.**

Sieben Thesen für eine effektive Mehrebenenpolitik

Erläuterung der wissenschaftlichen Erkenntnisse



Die interdisziplinäre Literatur zum städtischen Regieren in Mehrebenensystemen stellt eine grosse Zahl von Studien zu spezifischen Politiken in verschiedenen Ländern bereit. Die jeweils gewonnenen Ergebnisse sind stark von politik- und länderspezifischen Eigenheiten abhängig. Dies begrenzt ihre Anwendbarkeit für den Fall der St.Galler Energiepolitik im Schweizer Mehrebenensystem.

Es finden sich jedoch auch breiter angelegte Publikationen, die den Stand der Forschung zur Mehrebenenpolitik erfassen. Hierzu zählen theoretische

Publikationen führender Wissenschaftler auf dem Gebiet sowie quantitative und qualitative Analysen von Wissenschaftlern und internationalen Regierungsorganisationen, die übergeordnete Lehren aus der Vielzahl von Fallstudien ziehen.

Aus den letzteren Quellen lassen sich auch für die Schweizer Politik Denkanstösse erarbeiten, die in den folgenden sieben Thesen zusammengefasst sind und eine Grundlage für Handlungsempfehlungen bilden.

1. Der Schweizer Föderalismus kann die Umsetzung energiepolitischer Ziele fördern.

Energiepolitik findet niemals nur auf einer Politikebene statt. Positive Effekte energiebezogener Handlungen und Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen – von Haushalten bis hin zur globalen Ebene – sind „ineinander verschachtelt“, wie Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom (2012: 356) hervorhob.

Positive Entwicklungen in der Stadt St.Gallen und in Kanton und Bund hängen stark miteinander zusammen.

Eine solche Verschachtelung kann den Übergang zu einem nachhaltigeren Energiesystem beschleunigen. Ausgehend von empirischen Beobachtungen zur Vorreiterrolle niedrigerer Regierungsebenen argumentiert der Umweltpolitikforscher Martin Jänicke (2013) entsprechend für eine Verteilung der Formulierung und Umsetzung von Energiepolitik auf mehrere Ebenen. Gestützt wird diese Forderung auch durch Ergebnisse einer statistischen Untersuchung von 47 Fallstudien zum partizipativen Regieren in der Umweltpolitik in Westeuropa und Nordamerika. Demnach erzielt eine Umweltpolitik umso bessere Ergebnis-

se, je mehr Regierungsebenen und Verwaltungsstellen beteiligt sind (Newig/Fritsch 2009). Die Interaktion der verschiedenen Ebenen, so argumentieren die Autoren der Untersuchung, fördert die Entwicklung eines gemeinsamen Problemverständnisses und damit die Formulierung kohärenter Massnahmen und die Bereitstellung ausreichender Implementierungsressourcen.

Die Stadt St.Gallen ist ein unverzichtbarer Akteur für das Gelingen der Schweizer Energiepolitik.

2. Eine aktive energiepolitische Rolle der Gemeinden kann den gesellschaftlichen Rückhalt der Schweizer Energiepolitik stärken.

Ein Grossprojekt wie die nachhaltige Transformation des Energiesystems ist auf breite gesellschaftliche Unterstützung angewiesen (IEA 2009: 45). Städte sind in der Lage, die lokale Bevölkerung zu sensibilisieren und energiepolitische Massnahmen zu formulieren, die deren Bedürfnissen entsprechen und mit lokalen politischen Prioritäten konsistent sind (Corfee-Morlot et al. 2009: 86; OECD 2010: 200). Die Beteiligung lokaler Interessen auf Gemeinde-

ebene kann dabei eine erfolgreiche klima- und energiepolitische Planung fördern (Pitt 2010). In der Schweiz fließen die Präferenzen der Bevölkerung durch direkt-demokratische Instrumente in die Politikformulierung ein – auch in der Energiepolitik auf Ebene der Gemeinden (SSV 2014: 2).

In St.Gallen hat die direkt-demokratische Mitwirkung an der Energiepolitik deren Präsenz beim Stimmvolk bereits gesteigert: Im November 2010 stimmten 61,4% der St.Gallerinnen und St.Galler mit der Aufnahme eines Energie-Artikels in die Gemeindeordnung für einen schrittweisen Ausstieg aus dem Bezug von Atomenergie bis 2050. Zugleich wurde der Ausbau des städtischen Fernwärmenetzes mit 82,9% Ja-Stimmen beschlossen.

3. Gemeinden haben energiepolitische Handlungsmöglichkeiten, die dem Bund nicht oder nur begrenzt zur Verfügung stehen.

Gemeinden können Einfluss auf Parameter ausüben, die von den höheren Ebenen nicht oder nur schwer zu beeinflussen sind (IEA 2009: 107). Handlungsmöglichkeiten ergeben sich insbesondere in den Bereichen der lokalen Regulierung und Planung, der Energieversorgung, der Bereitstellung

von Wohnraum, öffentlichem Nahverkehr und energierelevanten Infrastrukturen sowie der Information und Beratung (Geels 2010: 25–26; OECD 2010: 200; Schönberger 2013: 29–30).

Effizienter ist die lokale Ebene zudem dort, wo sogenannte „weiche“ Informationen, deren Erlangung und Interpretation Lokalwissen voraussetzt, entscheidungsrelevant sind (Hoo-ghe/Marks 2009: 232). Besser als auf übergeordneten Ebenen kann im städtischen Rahmen eine Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren erfolgen und können lokale Präferenzen und Prioritäten identifiziert werden. Dies ermöglicht es Städten, lokal angepasste Politiken und Massnahmen zu formulieren (OECD 2010: 200). Auch das Dezentralisierungstheorem aus den Wirtschaftswissenschaften (Oates 1972, 1999) besagt, dass die lokale Ebene öffentliche Güter am kosteneffizientesten bereitstellen kann, wenn es spezifische lokale Bedürfnisse gibt.

Gemeinden erweitern den energiepolitischen Werkzeugkasten der Schweiz und können Massnahmen oft effizienter umsetzen als höhere Regierungsebenen. Dieser Mehrwert städtischer Energiepolitik sollte bei Entscheidungen zur Kompetenzverteilung berücksichtigt werden.

4. Als Politiklabore entwickeln Gemeinden innovative Politikansätze, die die gesamte Schweiz voranbringen.

Ein wichtiger Grund für die gewinnbringende Einbindung der lokalen Ebene in die Energiepolitik ist deren Rolle als Politiklabor. Im Vergleich zur gesamtstaatlichen Ebene fällt es ihr leichter, Politikexperimente durchzuführen (Corfee-Morlot et al. 2009: 87). Solche Politikexperimente sind im letzten Jahrzehnt weltweit zu einem festen Bestandteil städtischer Antworten auf den Klimawandel geworden (Broto/Bulkeley 2013).

Aus Politikexperimenten können erfolgreiche Politiken entstehen, die dann als beste Praxis auch von höheren politisch-administrativen Ebenen aufgegriffen werden können (Jänicke 2013: 15).

Die lokale Ebene hat insbesondere dort erfolgreich als Politiklabor gewirkt, wo die Beziehungen zwischen nationaler und lokaler Ebene im Sinne eines „Bottom up“-Modells oder auch eines Mischmodells mit bedeutsamen Einflüssen von oben und von unten organisiert sind (OECD 2010: 202–213). Da sich die Schweiz im internationalen Vergleich durch einen hohen Dezentralisierungsgrad auszeichnet (Vatter

2014: 465), kann das städtische Engagement einen gewichtigen Beitrag zur kantonalen und gesamtschweizerischen Energiepolitik leisten.

Städte wie St.Gallen sollten von Bund und Kantonen vermehrt als energiepolitischer Innovationsmotor verstanden werden.

5. Damit diese Politiklabore funktionieren, braucht es horizontale Vernetzung auf der lokalen Ebene sowie Unterstützung durch Kantone und Bund.

Lokale und regionale Ebenen können insbesondere dann zur treibenden Kraft politischer Prozesse im Energie- und Klimabereich werden, wenn sie miteinander über Informations- und Monitoringnetzwerke verbunden sind (Ostrom 2012). Die Abstimmung mit Nachbargemeinden führt dazu, dass Gemeinden bedeutsame Energie- und Klimapolitiken ergreifen (Pitt 2010).

In der Umsetzung ihres Energiekonzeptes sollte die Stadt St.Gallen daher erfolgreiche Massnahmen dokumentieren und nach aussen sichtbar machen. Darüber hinaus sollten Gemeindefnetzwerke auch künftig zum Austausch über erfolgreiche Energiepolitiken genutzt werden.

Besonders erfolgreich können die aus Politikexperimenten entstehenden besten Praktiken verbreitet werden, wenn sie von höheren Ebenen aufgegriffen und regulatorisch, finanziell und mit Informationen unterstützt werden (Jänicke 2013: 15). Diese Wertschätzung der höheren Ebenen kann horizontale Diffusionsdynamiken auf der lokalen Ebene fördern, wenn andere Städte und Gemeinden die geförderten Pionierstädte als Vergleichsmassstäbe für erfolgreiche energiepolitische Massnahmen ansehen. Dies kann Lernprozesse, Partnerschaften oder Wettbewerbsmechanismen anstossen (Jänicke 2013: 15).

Bund und Kantone sollten energiepolitische Innovationen auf Ebene der Schweizer Städte und Gemeinden aufmerksam beobachten, sie in ihre energiepolitischen Entscheidungen einbeziehen und gezielt unterstützen.

6. Koordination und gezielte Verflechtung zwischen Politikebenen entscheidet über den Erfolg der Schweizer Energiepolitik.

Durch die Verschachtelung von Handlungen und Entscheidungen entstehen Übertragungseffekte zwischen den Politikebenen. Die Politik einer Verwal-

tungseinheit kann sich deshalb immer auch auf andere Einheiten auswirken. Für eine erfolgreiche Schweizer Energiepolitik müssen die verschiedenen Politik- und Verwaltungsebenen daher kooperieren und ihre Massnahmen koordinieren. Dies ist für die Begründer des Konzeptes der „Multi-Level Governance“ – die Politikwissenschaftler Liesbet Hooghe und Gary Marks (2003: 239) – die zentrale Herausforderung eines Mehrebenensystems.

Sollte die Koordination nicht gelingen, entstehen politische Inkonsistenzen zwischen verschiedenen Ebenen. Die Verwirklichung energiepolitischer Ziele wird behindert (Hoppe/Lulofs 2008). Gelingt die Koordination hingegen, schafft dies ein günstigeres Investitionsklima und trägt so zum Gelingen der Energiepolitik bei (Dinica 2008).

In der Schweiz ist der Bund gemäss Artikel 50 der Bundesverfassung gehalten, in seinem Handeln die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden zu beachten. Die genannten wissenschaftlichen Erkenntnisse unterstreichen die Bedeutung dieses Artikels auch für die Energiepolitik.

Die Energiepolitiken von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden sollten bestmöglich aufeinander abgestimmt und gezielt miteinander verwoben werden.

Als erfolgreichen institutionellen Ansatz zur Koordination von Themen, die durch eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Kanton, Städten und Gemeinden und einen starken Einfluss der Bundespolitik auf die lokale Ebene geprägt sind, wertet die OECD (2002: 23, 2011: 110) tripartite Gremien wie die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK). Auch regulatorische Folgenabschätzungen können verhindern, dass die Politiken höherer Ebenen mit lokalen Massnahmen in Konflikt treten oder sie verunmöglichen (OECD 2010: 24–25).

Bund, Kanton und Städte sollten überlegen, wie sie die Koordination ihrer Energiepolitik institutionell dauerhaft verankern wollen.

7. Gemeinden brauchen Autonomie und Ressourcen, um bestmöglich zur Energiepolitik der Schweiz beizutragen.

Gemeinden können zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Schweizer Energiepolitik beitragen, sie erweitern den energiepolitischen Werkzeugkasten und dienen als Politiklabore auf der Suche nach innovativen politischen Ansätzen. Hierfür benötigen sie jedoch

einen ausreichenden Handlungsspielraum.

Der Handlungsspielraum der lokalen Ebene definiert sich dabei nicht nur über die Anzahl an Zuständigkeitsbereichen, sondern vielmehr auch über die eigenständige Fähigkeit, politische Ziele zu setzen (Piattoni 2010: 50). Die grosse Herausforderung besteht darin, genügend Freiraum zu schaffen, um das Innovationspotential der Gemeinden zu entfalten, ohne dabei die Koordinationskosten zwischen den Ebenen in die Höhe zu treiben.

In einer breit angelegten Literaturübersicht zum städtischen Regieren in Energie- und Klimafragen (Bulkeley 2010) wurde festgestellt, dass insbesondere die rechtlichen, finanziellen und technischen Ressourcen darüber entscheiden, ob Städte in der Energie- und Klimapolitik eine effektive Rolle spielen können.

Rechtliche Handlungskompetenzen und deren Ausschöpfung sind für Städte eine grundlegende Ressource bei der Umsetzung klima- und energiepolitischer Zielsetzungen (IEA 2009: 105). Um Städte als Politiklabore zu nutzen, können übergeordnete Ebenen ihnen Aufgaben und Zuständigkeiten übertragen, im Rahmen derer energiepolitische Massnahmen erprobt werden können, die über bestehende lan-

desweite Lösungen hinausgehen (Corfee-Morlot et al. 2009: 86–87).

Um die städtische Autonomie voll auszuschöpfen, braucht es ausreichende finanzielle Ressourcen. Ambitionierte energiepolitische Ziele können von der lokalen Ebene nur dann realisiert werden, wenn sie über ausreichende eigene Finanzmittel zur Umsetzung von Massnahmen verfügt (Marsden et al. 2014). Der Einsatz lokaler Finanzierungsinstrumente unterstützt den Übergang zu einem nachhaltigen Energiesystem. Er führt, wie eine kürzlich erschienene Fallstudie aus den USA zeigt, im Stadtvergleich zu einer signifikant höheren Implementierung erneuerbarer Energien (Li/Yi 2014). Bei Kompetenztransfers an die lokale Ebene sollten übergeordnete Ebenen darüber hinaus aber die finanzielle Ressourcenausstattung der Städte sicherstellen (Corfee-Morlot et al. 2009: 86).

Bund und Kantone sollten Städten und Gemeinden in der Energiepolitik ein Mass an Autonomie zugestehen, das fruchtbare Politikexperimente ermöglicht. Dabei sollten auch die finanziellen Notwendigkeiten solcher Experimente thematisiert werden.

Schliesslich spielt auch die Integration unterschiedlicher Politikfelder eine

wichtige Rolle. So wird in der Literatur die Zusammenführung von Energie- und Klimapolitiken mit anderen Zielen und Initiativen der Stadtpolitik, wie der regionalen ökonomischen Entwicklung, der Raumplanung oder der Agglomerationspolitik, gefordert (Bulkley 2010; Corfee-Morlot et al. 2009: 87; OECD 2010: 25).

Eine integrierte Strategiebildung kann aus städtischer Sicht interessant sein, um den energiepolitischen Handlungsspielraum aus eigener Kraft zu erweitern und optimal auszuschöpfen.

Literatur

Broto, Vanesa Castán/Bulkeley, Harriet (2013): A survey of urban climate change experiments in 100 cities. In: *Global Environmental Change*, 23 (1), 92–102.

Bulkeley, Harriet (2010): Cities and the governing of climate change. In: *Annual Review of Environment and Resources*, 35, 229–253.

Corfee-Morlot, Jan/Kamal-Chaoui, Lamia/Donovan, Michael G./Cochran, Ian/Robert, Alexis/Teasdale, Pierre-Jonathan (2009): Cities, climate change and multilevel governance. In: *OECD Environment Working Papers*, (14). Text abrufbar unter: <http://www.oecd-ilibrary.org/content/workingpaper/220062444715> (Zugriff am 9.3.2015).

Dinica, Valentina (2008): Greening Electricity Production: A Success Story of Multi-Level Governance Convergence and Innovation. In: *Energy & Environment*, 19 (6), 787–801.

Geels, Frank (2010): The Role of Cities in Technological Transitions: Analytical Clarifications and Historical Examples. In: Bulkeley, Harriet/Broto, Vanesa Castán/Hodson, Mike/Marvin, Simon (Hrsg.), *Cities and Low Carbon Transitions*. London/New York: Routledge, 13–28.

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2003): Unraveling the central state, but how? Types of multi-level governance. In: *American political science review*, 97 (02), 233–243.

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2009): Does Efficiency Shape the Territorial Structure of Government? In: *Annual Review of Political Science*, 12 (1), 225–241.

Hoppe, Thomas/Lulofs, Kris (2008): The impact of multi-level governance on energy performance in the current Dutch housing stock. In: *Energy & environment*, 19 (6), 819–830.

IEA (2009): *Cities, Towns & Renewable Energy. Yes In My Front Yard*. Paris: OECD/IEA.

Jänicke, Martin (2013): *Accelerators of Global Energy Transition: Horizontal and Vertical Reinforcement in Multi-Level Climate Governance*. Potsdam: Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS).

Li, Hui/Yi, Hongtao (2014): Multilevel governance and deployment of solar PV panels in U.S. cities. In: *Energy Policy*, 69, 19–27.

Marsden, Greg/Ferreira, Antonio/Bache, Ian/Flinders, Matthew/Bartle, Ian (2014): Muddling through with climate change targets: a multi-level governance perspective on the transport sector. In: *Climate Policy*, 14 (5), 617–636.

Newig, Jens/Fritsch, Oliver (2009): Environmental governance: participatory, multi-level—and effective? In: *Environmental Policy and Governance*, 19 (3), 197–214.

Oates, Wallace E. (1972): *Fiscal federalism*. New York: Harcourt Brace Jovanovich.

Oates, Wallace E. (1999): An essay on fiscal federalism. In: *Journal of economic literature*, 1120–1149.

OECD (2002): *OECD Territorial examen*: Schweiz. OECD Publishing.

OECD (2010): *Cities and Climate Change*. OECD Publishing.

OECD (2011): *OECD Territorial examen*: Schweiz. OECD Publishing.

Ostrom, Elinor (2012): Nested externalities and polycentric institutions: must we wait for global solutions to climate change before taking actions at other scales? In: *Economic Theory*, 49 (2), 353–369.

Piattoni, Simona (2010): *The Theory of Multi-level Governance*. Oxford: Oxford University Press.

Pitt, Damian Rogero (2010): Harnessing community energy: the keys to climate mitigation policy adoption in US municipalities. In: *Local Environment*, 15 (8), 717–729.

Schönberger, Philipp (2013): Municipalities as key actors of German renewable energy governance: An analysis of opportunities, obstacles, and multi-level influences. No. 186. Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy.

SSV (Hrsg.) (2014): *focus Energiepolitik 2014*. Text abrufbar unter: http://staedteverband.ch/cmsfiles/focus_energiepolitik_2014_deutsch_web.pdf (Zugriff am 12.5.2015).

Vatter, Adrian (2014): *Das politische System der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos.

Partner

Institut für Politikwissenschaft (IPW-HSG)

Das Institut für Politikwissenschaft (IPW-HSG) ist eine Forschungseinrichtung der Universität St.Gallen. Die Forschung zu Energy Governance am IPW-HSG konzentriert sich auf Entwicklungen in der Energie-Geopolitik und im Bereich Global Energy Governance. Sie untersucht, wie diese Entwicklungen mit der Schweizer Energiepolitik interagieren. Mit der Forschung zu Energy Governance trägt das IPW-HSG zu den Aktivitäten des EGI-HSG bei und ist Teil des nationalen Schweizerischen Energieforschungs-Kompetenzzentrums „Energy, Society and Transition“ (SCCER CREST).

Center for Energy Innovation, Governance and Investment (EGI-HSG)

Das Anfang 2014 gegründete Center for Energy Innovation, Governance and Investment (EGI-HSG) bündelt die Kompetenzen der Universität St.Gallen im Forschungsbereich Energie. Das Zentrum erarbeitet wissenschaftlich fundierte Entscheidungsgrundlagen für Wirtschaft und Politik. Damit leistet die Universität St.Gallen zusammen mit Partnern aus Wissenschaft und Praxis einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Schweizer Energiestrategie 2050. EGI-HSG ist Teil der nationalen Schweizerischen Energieforschungs-Kompetenzzentrums „Energy, Society and Transition“ (SCCER CREST).

Amt für Umwelt und Energie der Stadt St.Gallen

Das Amt für Umwelt und Energie der Stadt St.Gallen engagiert sich für die St.Galler Umwelt und einen nachhaltigen und effizienten Einsatz von Energie. Es informiert und berät, initiiert Projekte und nimmt gesetzliche Aufgaben wahr. Mit dem Energiekonzept 2050 macht sich die Stadt St.Gallen auf den Weg in die saubere Energiezukunft. Im Jahr 2013 erhielt die Stadt St.Gallen für ihr energiepolitisches Engagement zum zweiten Mal die „Energistadt Gold“-Auszeichnung.

Kontakt

Institut für Politikwissenschaft
Universität St.Gallen
Rosenbergstrasse 51
9000 St.Gallen

benjamin.hofmann@unisg.ch
joern.richert@unisg.ch

+41 (0)71 224-2600
<http://www.ipw.unisg.ch/>

Institut für Politikwissenschaft



Universität St.Gallen

Center for Energy Innovation,
Governance and Investment (EGI-HSG)



University of St.Gallen

Stadt St.Gallen
Umwelt und Energie

